

Antrag-Nr.: 14.1
zu TOP: 9
Rasterpkt.: GOZ

A N T R A G

zur Hauptversammlung vom 8. bis 10. Oktober 2015 in Bonn

Antragsteller: Dr. Zajitschek, Dr. Rubehn, Dr. Bührens, Dr. Timmermann

Landesverband: Bayern, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Niedersachsen

Headline: Betriebswirtschaftliche GOZ

Auswirkungen auf den Haushalt
(unmittelbar erkennbar): Keine

Wortlaut des Antrages:

1 Die Hauptversammlung des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte fordert das
2 Recht der Zahnärzteschaft auf eine betriebswirtschaftlich und fachlich korrekte Ge-
3 bührenordnung ein. Nur so ist die Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung und
4 damit auch der Erhalt einer hochwertigen zahnmedizinischen Versorgung langfristig
5 sicherzustellen. Nahezu 30 Jahre Punktwertstillstand widersprechen den Bestim-
6 mungen des § 15 ZHKG.

7

Begründung:

9 *Das Ergebnis der so genannten „Evaluierung“ der GOZ 2012 kann nicht darüber*
10 *hinwegtäuschen, dass die GOZ 2012 weder in fachlicher noch in wirtschaftlicher Hin-*
11 *sicht akzeptabel ist und bleibt. Es ist völlig unangemessen, die Weiterentwicklung*
12 *einer Gebührenordnung für medizinische Leistungen von der Entwicklung tatsächlicher*
13 *oder sogar nur geschätzter Ausgabenvolumina abhängig zu machen. Weder der*
14 *medizinische Bedarf noch medizinische Möglichkeiten richten sich nach den Budgets*
15 *von Beihilfestellen oder Aktienkursen von Versicherungsunternehmen. Der Patient*
16 *entscheidet welchen Bedarf er hat, der (Versicherungs-)Kunde entscheidet, was er*
17 *versichern will – nicht der Staat!*

Abstimmung: Bei sehr großer Mehrheit und 3 Enthaltungen angenommen